

Der Grosse Rat des Kantons Bern

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 13. September 2016

Volkswirtschaftsdirektion

**51 2016.RRGR.314 Postulat 080-2016 Leuenberger (Trubschachen, BDP)
«Wachstumsmotor Zentrum Bern», die gesteckten Ziele nicht erreicht!**

Vorstoss-Nr.: 080-2016
 Vorstossart: Postulat
 Eingereicht am: 17.03.2016
 Eingereicht von:

Leuenberger (Trubschachen, BDP)
(Sprecher/in)
Zäch (Burgdorf, SP)

Weitere Unterschriften: 0
RRB-Nr.: 764/2016 vom 22. Juni 2016
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion

«Wachstumsmotor Zentrum Bern», die gesteckten Ziele nicht erreicht!

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen,

1. warum der Wachstumsmotor Zentrum Bern nur eine beschränkte Entwicklungsdynamik auf die angrenzenden Räume ausübt
2. welche Rahmenbedingungen vorliegen müssen, damit möglichst viele Räume vom Wachstumsmotor Zentrum Bern profitieren können

Begründung:

Am 29.10.2014 hat Thomas Rühl (Credit Suisse Economic Research) dem interessierten Publikum im Emmental die Einschätzung der CS über die Wachstumszukunft des Emmentals dargelegt. Die Präsentation ist unter www.region-emmental.ch in elektronischer Form abrufbar. Im Referat wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Stadt Bern offenbar deutlich weniger Dynamik im Umland als andere Grosszentren bewirkt.

Im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung zum Entwurf des kantonalen Richtplans 2030 hat die Regionalkonferenz Emmental auf die Tatsache hingewiesen, dass der sogenannte Wachstumsmotor Zentrum Bern nicht die erwünschte Wirkung auf die angrenzenden Räume einschliesslich des Emmentals entfaltet (gemäss der 2014 publizierten Studie der Credit Suisse, Regionalökonomie, der Grossraum Bern: Struktur und Perspektiven, 1/2014).

Die Stadt Bern bewirkt offenbar deutlich weniger Dynamik im Umland als andere Grosszentren. Es würde sich lohnen, einmal der Frage nachzugehen, weshalb das Zentrum Bern eine so schwache Ausstrahlung auf die angrenzenden Räume hat. Mit Blick auf den neuen kantonalen Richtplan und das Raumkonzept «Angestrebte Entwicklung» ist es für den Kanton Bern wichtig, dass das angestrebte Wachstum auch umgesetzt werden kann.

Antwort des Regierungsrates

Das Postulat verweist auf eine Präsentation zur Studie der Credit Suisse zum Grossraum Bern¹ aus dem Jahr 2014. Diese Studie analysiert die Stärken und Schwächen der einzelnen Regionen und stellt fest, dass sich der Grossraum Bern weniger dynamisch entwickelt hat als andere Regionen und dass insbesondere das so genannte «Zentrum Bern» weniger Wachstumsimpulse ausgelöst hat als andere Zentren. Die Definition des Grossraums Bern in der CS-Studie deckt sich nicht mit der üblicherweise verwendeten räumlichen Einteilung nach Verwaltungsregionen und Verwaltungskreisen. Aus Sicht des Regierungsrats ist die Heterogenität innerhalb des in der CS-Studie definier-

¹ Der Grossraum Bern. Strukturen und Perspektiven. Credit Suisse 2014.

ten Gebietes zu gross, um Rückschlüsse zur Entwicklung des Zentrums Bern zu ziehen. Die Aussage, dass das Zentrum Bern nur eine beschränkte Entwicklungsdynamik auf die angrenzenden Räume ausübt, trifft jedoch unabhängig davon zu.

In der Wachstumsstrategie 2025², welche die Grundlage für die Wirtschaftspolitik des Kantons bildet, hat der Regierungsrat im Jahr 2011 eine umfassende Analyse des Kantons Bern als Wirtschafts- und Wohnstandort vorgenommen. Im Vergleich zur Schweiz weist der Kanton Bern eine geringere Dynamik in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung und die Beschäftigung auf. Die Hauptgründe für diese Entwicklung sind die Heterogenität des Kantons und die Branchenstruktur. Im Kanton Bern sind die öffentliche Verwaltung (wegen der Bundesverwaltung), die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Branchen und der Bereich «Information und Kommunikation» (hier spielten die Hauptsitze der Post und der Swisscom eine wesentliche Rolle) übervertreten. Wertschöpfungsstarke Branchen wie Finanzdienstleistungen oder Pharma sind unterdurchschnittlich vertreten. Unternehmen aus diesen Branchen haben in den Regionen Zürich, Basel und im Arc Lémanique (Genf, Lausanne) massgeblich zum starken Wachstum in Bezug auf die Beschäftigung und die Bevölkerung beigetragen.

Als Hauptgrund für die geringe Wachstumsdynamik des Zentrums Bern und das Fehlen von Impulsen für die angrenzenden Räume erachtet der Regierungsrat die Stellung von Bern als Bundesstadt und die damit verbundene Branchenstruktur. Die Bundesverwaltung beschäftigt in und um Bern über 20 000 Personen. Zusammen mit der kantonalen und kommunalen Verwaltung bildet die öffentliche Verwaltung eine der Leitbranchen. Damit ist eine politisch gewollte und auch sinnvolle Stabilität verbunden. Die spezifischen Anforderungen an die Fachkräfte und Zulieferunternehmen der öffentlichen Verwaltung führen dazu, dass die industriell geprägten Regionen des Kantons nur beschränkt von der wirtschaftlichen Stärke und Entwicklung der Stadt Bern profitieren.

Mit der Wirtschaftsstrategie 2025 und dem kantonalen Richtplan³ hat der Regierungsrat aufgezeigt, wie sich der Kanton Bern weiter entwickeln soll. Übergeordnetes Ziel der Wirtschaftsstrategie 2025 ist es, die Entwicklung in allen Regionen zu fördern und Wachstum im Schweizer Durchschnitt zu erreichen. Der Richtplan 2030 geht auch von einem Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum im schweizerischen Durchschnitt aus. Dieses Wachstum soll konzentriert erfolgen, vorab in den Zentren und auf den Entwicklungsachsen. Für die Definition der räumlichen Entwicklungsziele werden verschiedene Raumtypen gebildet. Die «Urbanen Kerngebiete», dazu gehört neben Bern zum Beispiel auch Burgdorf, sollen als Entwicklungsmotoren gestärkt werden. Sie sind die Schwerpunkte der Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung, beinhalten die wirtschaftlichen Entwicklungsschwerpunkte ESP, Verdichtungs- und Umstrukturierungsgebiete sowie vorrangige Siedlungserweiterungen in den Bereichen Wohnen und Arbeiten. Auch für den Raumtyp «Agglomerationsgürtel und Entwicklungsachsen inklusive Zentren 4. Stufe» sind ähnliche räumliche Entwicklungsziele festgelegt. Entsprechend sind auch die Rahmenbedingungen (zum Beispiel für den Baulandbedarf Wohnen) so ausgelegt worden, dass die angestrebte Entwicklung im schweizerischen Durchschnitt über die Siedlungsentwicklung nach innen und Neueinzonungen erfolgen kann.

Gestützt auf diese Ausführungen nimmt der Regierungsrat zu den beiden Ziffern des Postulats wie folgt Stellung:

1. Die Gründe für die mangelnde Dynamik des Zentrums Bern sind bekannt. Sie liegen in der besonderen Stellung von Bern als Bundesstadt und der damit verbundenen Branchenstruktur begründet und lassen sich nur bedingt verändern.
2. Die Wirtschaftsstrategie 2025 und der Richtplan 2030 nennen die Rahmenbedingungen und Massnahmen, mit denen mehr Wachstum im ganzen Kanton und in den einzelnen Regionen erzielt werden soll. Die Rolle eines Wachstumsmotors kann die Region Bern dabei nicht allein übernehmen.

Im Rahmen der Erarbeitung der Wirtschaftsstrategie 2025 und des Richtplans 2030 sind auch die vom Postulat geforderten Abklärungen umfassend erfolgt. Noch weitergehende Analysen führen nach Ansicht des Regierungsrates nicht zu neuen Erkenntnissen. Im Vordergrund steht vielmehr die Umsetzung der beiden vom Grossen Rat zur Kenntnis genommenen zentralen Strategien des Kantons.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme und gleichzeitige Abschreibung

² Wirtschaftsstrategie 2025 des Kantons Bern, vom Grossen Rat am 24. November 2011 zur Kenntnis genommen.

³ Richtplan Kanton Bern (Richtplan 2030), RRB1032/2015, vom Bundesrat am 4. Mai 2016 genehmigt.

Präsident. Wir kommen zu Traktandum 51, dem Postulat von Grossrat Leuenberger, BDP: «Wachstumsmotor Zentrum Bern, die gesteckten Ziele nicht erreicht!». Der Regierungsrat ist zur Annahme dieses Postulats bereit, will aber dessen gleichzeitige Abschreibung. Demnach, wie Herr Grossrat Leuenberger hier steht, ist er nicht mit der Abschreibung einverstanden.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Der Kanton Bern hat ein strukturpolitisches Problem. Sowohl in diesem Parlament, in diesem Kanton als auch ausserhalb dieses Kantons wird vielfach kolportiert, die dezentralen Landregionen und die vielfach geografische Struktur dieses Kantons seien dafür verantwortlich, dass wir aus Sicht vieler nicht vom Fleck kommen. Auch der Regierungsrat wird nicht müde, die Strukturhaltung in den Landregionen immer und immer wieder hervorzuheben. Exemplarisch hierfür ist das legendäre, am 20. März 2012 in der «Berner Zeitung» erschienene Interview mit dem damaligen Regierungsrat Herrn Rickenbacher. Dort mahnte und stellte der Volkswirtschaftsdirektor fest, das Emmental solle sich auf seine eigenen Stärken berufen. Im Emmental seien vor allem die Stärken Lebensqualität und Wohnstandort zu fördern. Wirtschaftlich würde er dem Emmental raten, nicht in hohen Ligen zu operieren, sondern sich auf zwei bis drei Schlüsselbranchen zu konzentrieren. Er denkt bei dieser Schlüsselbranchengeschichte an die klassischen Bereiche Gewerbe sowie Land- und Forstwirtschaft. Von den im Emmental angesiedelten, international tätigen Firmen ist keine Rede. Ebenso wenig von den Unternehmungen, welche erfolgreich Nischenprodukte in die ganze Welt exportieren. Es erging nur der Hinweis auf die klassischen Berufe, wie sie bereits zu Gotthelfs Zeiten im Emmental existierten. Weiter machte Regierungsrat Rickenbacher darauf aufmerksam, dass der Kanton die Landregionen unter anderem mit Mitteln der neuen Regionalpolitik stärken will, mit welchen sinnvolle Projekte in den ländlichen Räumen unterstützt werden können.

Dieses Beispiel zeigt die im Kanton Bern mehrheitlich vorherrschende Haltung. Investitionen in die Landregionen werden als Hilfeleistungen, als Subventionen und als Strukturerhaltungsbeiträge verstanden, während die Investitionen in die Stadt und die Agglomerationsgebiete als Förderung der Wirtschaftskraft und Zukunftsinvestitionen angesehen werden. Das Grundproblem unseres Kantons, Kolleginnen und Kollegen, liegt aber nicht nur in den strukturellen Schwächen der Landregionen, sondern in einem grossen Mass auch darin, dass insbesondere die Stadt und Agglomeration Bern bedeutend weniger wirtschaftliche Ausstrahlung und Dynamik auf die umliegenden Gebiete aufweist, als dies in vergleichbaren Agglomerationen in anderen Kantonen der Fall ist. Dies ist ein namhafter Teil der strukturellen Schwäche unseres Kantons.

Mit meinem Vorstoss möchte ich den Regierungsrat zwingen, zu prüfen, weshalb dem so ist und vom ihm erfahren, was er zur Verbesserung der Situation vorschlägt und welche Massnahmen ergriffen werden müssen. Die vom Regierungsrat vorgelegte Antwort ist «gäng wie gäng»: Einfach festzuhalten, dass Bern die Bundeshauptstadt sei und somit kein Wachstum generieren könne, ist aus meiner Optik ausserordentlich simpel. Es ist eine strategische Aufgabe des Regierungsrats, stetig zu überprüfen, wie die Regionen im Kanton prosperieren können. Es ist ebenso seine Aufgabe herauszufinden, wie man allenfalls einzelne Regionen stärken kann, um auch periphere Gebiete zu stärken. Weiter ist es die Aufgabe des Regierungsrats zu prüfen, weshalb das Zentrum Bern der Aufgabe als Wachstumsmotor, die ihm eigentlich zukommt, nicht in der Art und Weise nachkommen kann, wie es der Kanton fordern muss. Was muss das Zentrum Bern besser machen, damit das Wachstum auch in den peripheren Regionen angezogen wird? Im Kanton Bern hat sich die Politik grossmehrheitlich in die strukturelle Opferrolle gefügt. Nur so kann ich mir erklären, dass der Regierungsrat den vorliegenden Vorstoss nicht zum Anlass nimmt, die politischen Forderungen des Kantons an die Wachstumsmotor-Agglomeration Bern zu stellen und zu formulieren. Die Abschreibung würde quasi das Signal aussenden «Wir wissen eigentlich schon, dass es nicht so läuft, wie es sollte. Aber es ist gut so, wie es ist – «Gäng wie gäng»!». Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, diesen Vorstoss als strategischen Auftrag als Postulat an den Regierungsrat zu überweisen, dies ohne Abschreibung. Die Aufgaben sind noch nicht gemacht; sie müssen gemacht werden.

Adrian Haas, Bern (FDP). Auch wir sind der Auffassung, der Regierungsrat mache es sich in seiner Antwort etwas zu einfach. Zwar ist es richtig, dass wertschöpfungsstarke Branchen wie Finanzdienstleister oder Pharmaindustrie im Zentrum unterdurchschnittlich vertreten sind. Auch die Stellung von Bern als Bundesstadt mit der Bundes-, der Kantons- und der Gemeindeverwaltung hat – wie die Regierung ausführt – zwar stabilisierende, aber nicht dynamische Auswirkungen. Es gibt noch weitere Bereiche beziehungsweise Gründe, welche im Rahmen eines Postulatsberichts einmal genauer unter die Lupe genommen werden könnten. Ich denke hier an die mangelnde Willkom-

mentenkultur gegenüber der Wirtschaft, welche vorab vom Gemeinderat der Stadt Bern geprägt wird, oder an die einseitige Priorisierung des Langsamverkehrs, welche den Bedürfnissen des Gewerbes in keiner Art und Weise Rechnung trägt. Auch die Idee des Politzentrums, welches es angeblich zu stärken gelte, verleiht einer möglichen Entwicklung zu einem dynamischeren und wertschöpfungsstärkeren Zentrum kaum Auftrieb. Ich könnte die Liste noch fortsetzen mit investorenfeindlichen Bauvorschriften und einem wenig kundenfreundlichen Bauinspektorat. All diese Punkte und weitere tragen dazu bei, dass das Herz des Kantons, dessen Zentrum eben, nicht so schlägt, wie es schlagen sollte, um letztlich seine Regionen mit genügend Blut zu versorgen. Die FDP bittet um Überweisung dieses Postulats sowie darum, dieses nicht abzuschreiben.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Die Behauptung, wenn es der Stadt und den Zentren gut gehe, gehe es den Regionen gut, scheint nach dem Lesen der Studie der Credit Suisse nicht mehr unbedingt vorbehaltlos zu stimmen. Die Studie der Credit Suisse, welche der Postulant als Grundlage für diesen Vorstoss genommen hat, ist ein gutes, aber sicher nicht das einzige Dokument, in welchem die Stärken und Schwächen des Gesamtkantons und diejenigen der einzelnen Regionen aufgezeigt werden. Die Antwort des Regierungsrats auf die Frage, weshalb der Wirtschaftsmotor Zentrum Bern auf die anderen Regionen keine sogenannte Sogwirkung hat, ist zwar aus unserer Sicht nicht falsch. Die Stadt Bern ist als Bundeshauptstadt tatsächlich schwierig mit anderen Städten zu vergleichen, wo grosse, brummende Wirtschaftszweige vorhanden sind. Nehmen wir nur Zürich: ein wirtschaftlicher Kochtopf, der sich immer mehr auf die umliegenden Gemeinden wie beispielsweise Wallisellen, Oerlikon, Dietikon und Schlieren ausdehnt. Die Bautätigkeiten sind in diesen Gebieten immens. Doch eine Antwort, wie der Regierungsrat mit dieser Tatsache zukünftig umgehen will, fehlt im Wesentlichen in seiner Stellungnahme. Letzte Woche haben wir mit den Planungskrediten für das Emmental und den Oberaargau hoffentlich Geschäfte beschlossen, welche sich für diese Regionen in Zukunft auch wirtschaftlich lohnen werden. Mit dem Neubau der CSL Behring möchte ich ein weiteres Beispiel nennen, welches hoffentlich auch einen wirtschaftlichen Mehrwert für die Region und letztlich ebenso für den Kanton bringt. Weiter sind in den Regierungsrätlichen Richtlinien für die Legislaturperiode 2015 bis 2018 unter dem Kapitel Nachhaltige Entwicklung Projekte beschrieben, welche sich sicher durchaus für die Regionen auswirken werden. Die BDP ist überzeugt, dass diese Auswirkungen positiv ausfallen werden. Viele Projekte sind aufgelegt und am Laufen, was uns positiv stimmt. Wir befinden uns in der Hälfte der Legislaturperiode. Irgendwann in nächster Zeit wird sich der neu zusammengesetzte Regierungsrat den Kopf über die neuen Legislaturziele 2019–2022 zerbrechen müssen. Dies unter Berücksichtigung der Steuerstrategie und aller anderen Strategien wie beispielsweise der Wirtschaftsstrategie, dahingehend, wie es im Kanton weitergehen soll und wohin der Kanton Bern zusammen mit den Regionen gehen will. Die strategische Ausrichtung zeigt deshalb für die Zukunft des Kantons Bern, sowohl für die Politik als auch für die Wirtschaft und die Gesamtbevölkerung, eine sehr grosse Wichtigkeit. Aus dem Grund, dass es noch Knochenarbeit für den Weg des Kantons Bern braucht – sei es kantonsintern oder gleichzeitig im interkantonalen Vergleich –, lehnt die BDP wie auch die FDP die Abschreibung ab. Das Thema ist uns zu wichtig, als dass wir bloss einen Punkt hinter dieses Postulat setzen möchten.

Walter Messerli, Interlaken (SVP). Der Kollege Leuenberger greift hier ein zentrales, allseits bekanntes Thema auf. Dieses Thema ist dermassen wichtig und ich prognostiziere, dass all jene, welche in zwei oder drei Jahren nochmals kandidieren, sich noch gründlich mit dieser Frage auseinandersetzen werden. Es handelt sich also um ein legislaturübergreifendes Thema. In der Analyse der Entwicklungsdynamik des Zentrums Bern sind sich der Postulant und der Regierungsrat gleichwohl einig. Der Regierungsrat stellt nämlich gestützt auf eigene Studien fest, dass das Zentrum Bern nur eine beschränkte Entwicklungsdynamik auf die angrenzenden Räume ausübt. Die Frage des Postulanten, weshalb dem so sei, nimmt der Regierungsrat auf und nimmt auch Stellung dazu. Seine Antwort ist denn auch deckungsgleich mit den Feststellungen der SAK zu den Regierungsrichtlinien für die Legislaturperiode 2015–2018. Hauptgrund für diese Situation – das wissen wir, aber es ist wichtig, es zu wiederholen – ist die Heterogenität des Kantons oder, wie man sagen könnte, die Konfiguration des Kantonsgebiets, aber vor allem auch der Branchenstruktur. In der Region Bern befinden sich Verwaltungen. Wie wir lesen, sind Landwirtschaft, Information, Kommunikation, Information, SBB und Swisscom angesiedelt. Wertschöpfungsstarke Branchen wie Finanzdienstleister und Pharmaunternehmen sind unterdurchschnittlich vertreten. Diese Feststellung hat eben Auswirkungen auf dieses Ressourcenpotenzial. Das Ressourcenpotenzial widerspiegelt nämlich das wirt-

schaftliche Potenzial der Steuerpflichtigen und damit deren Wirtschaftskraft. Die erwähnten in der Region angesiedelten Branchen wie Verwaltung und Dienstleistungsbetriebe weisen nämlich ein tieferes Ressourcenpotenzial auf als die vom Postulanten in seiner Begründung erwähnten. Hinzu kommt, dass die Region Bern eine positive Pendlerbilanz aufweist. Dies bedeutet, dass mehr Personen von ausserhalb in die Region Bern zur Arbeit fahren, ihre Steuern jedoch ausserhalb bezahlen. Wir haben heute Morgen eine Statistik des Beco Berner Wirtschaft erhalten. In dieser wird mit einem Wort dargestellt, dass die grossen Steuerzahler, welche ihre Arbeit im Raum Bern verrichten, in den Kantonen Solothurn und Freiburg wohnhaft und steuerpflichtig sind.

Aber eben, wo liegt das Problem? Wir haben es hier bereits verschiedentlich erwähnt: Es kann am Steuerproblem, an der Wohnattraktivität und – wie von Adrian Haas erwähnt – an der Willkommenskultur liegen. Letztere ist in der Region Bern ausgesprochen fragwürdig. Im Weiteren kann man auch die Verkehrsanbindung erwähnen. Angesichts all dieser Faktoren ist es völlig klar, dass das Postulat seine Berechtigung hat und – wie es auch der Regierungsrat will – angenommen werden sollte. Wichtig ist also nur die Entscheidung über die Abschreibung. Die Frage Abschreibung ja oder nein ist gleichbedeutend mit jener, ob im Kanton etwas in diese Richtung läuft oder ob zu wenig läuft. Wer sich für die Abschreibung ausspricht, sagt damit, dass es nicht nötig ist, weil wir bereits den bevorstehenden Richtplan haben und vor allem auch die Evaluation der Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ). In Letzterer wird der Begriff Zentrumsmotor mehrfach genannt. Man könnte also sagen, dass etwas läuft und das Postulat wie von der Regierung beantragt, abschreiben.

Die andere Seite besteht darin, dass durchaus eine gewisse Attraktivität hinter folgender Überlegung stecken könnte: Nun wollen wir dem neuen Volkswirtschaftsdirektor einen Impuls geben, damit er sich dem Problem auf seiner Ebene annimmt. Wir wissen, dass SARZ nicht in seiner Direktion abgewickelt wird, aber man könnte ihm – wie es Kollege Leuenberger gemeint hat – diese Aufgabe geben. Zusammenfassend ausgedrückt: Meine Fraktion ist in Bezug auf die Abschreibung geteilter Meinung. Ich bin gespannt, wie sie sich entscheiden wird, und ich bin im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode ebenso gespannt auf das Resultat.

Michael Adrian Aebersold, Bern (SP). Hier findet wieder ein wenig eine Stadt-Land-Diskussion statt. Ich habe das Gefühl, es handle sich nicht um einen Stadt-Land-Graben, sondern in vielen Köpfen um eine Stadtblockade. Was mich natürlich erschüttert, Adi Haas, ist, dass Sie wegen der Wirtschaftsansiedlung die Stadt «anpinkeln», wobei ich nicht weiss, ob dies zu Ihrem Wahlkampf gehört, oder aber Unwissenheit oder bösem Willen entspringt. Es ist bekannt, dass die Wirtschaftsförderung kantonale ist, insbesondere was die CSL Behring betrifft. Dass es sich dabei um eine kantonale Geschichte handelte, weiss auch Philippe Müller. Diese hat überhaupt nichts mit der bösen wirtschaftsfeindlichen rot-grünen Stadt zu tun! In der Analyse wurde dargelegt, weshalb der Kanton insgesamt schwächer ist als andere Kantone. Dies brauche ich nicht zu wiederholen. Genannt wurde die Pendlerbewegung und dass wir keine grossen internationalen Unternehmungen haben.

Ich sehe zwei Probleme. Das eine besteht darin, dass wir das Gefühl haben, es gelte den einen gegen den anderen auszuspielen, den Wirtschaftsmotor gegen alle anderen. Vor ein paar Jahren hiess es in einem spannenden Bericht «Stadt und Land müssen sich bewegen». In diesem wird der Handlungsbedarf klar aufgezeigt, aber ebenfalls klar die Aussage gemacht, dass in diesem Kanton alle gefragt sind.

Ich nehme es vorweg: Wir sind für die Abschreibung, weil wir den Eindruck haben, es bedürfe keines weiteren Berichts, zumal es bereits etliche Wirtschaftsberichte gibt, welche aufzeigen, was in diesem Kanton laufen soll. Genannt wurde auch der Richtplan. Wollen wir die Verwaltung nochmals mit einem weiteren Bericht beschäftigen? Ich bin der Meinung, dass wir dies nicht tun sollten. Zentral scheint uns die ganze Frage der Finanzen. Hat man einen Motor, der wie geschmiert laufen soll, muss dieser unterhalten werden. Man muss ihn «upgraden» und «tunen», damit er seine Rolle auch wirklich wahrnehmen kann. – Blinkt bereits das rote Lämpchen? Nein, noch nicht. – Auch ich habe in den Medien nachgesehen. Im Jahr 2010 erhielt jede Emmentalerin und jeder Emmentaler 300 Franken. Die Region ist die einzige, welche pro Kopf netto einbezahlt. Dies schaut bei den Steuereinträgen genau gleich aus. Im Jahr 2013 stand in der Zeitung «Der Bund», dass 72 Prozent der erwirtschafteten Steuereinkommen der Stadt Bern an den Kanton und den Bund gehen. Ich bin für Solidarität, jedoch dagegen, dass danach gegen die Stadt und diese Region geschossen wird, welche massgeblich daran beteiligt sind, dass investiert wird. Im November werden wir darüber sprechen, ob wir dem Kanton weiter Geld entziehen wollen, indem wir die Steuern senken, um dann wie die Kantone Basel-Landschaft, St. Gallen oder die Stadt Luzern noch weniger Geld zur Verfü-

gung zu haben. Dann würde man wieder zu sparen beginnen.

An der finanziellen Situation sind zu einem grossen Teil jene schuldig, die hier im Saal sitzen. Was muss denn unternommen werden, damit es diesem Kanton gut geht? Man muss dort investieren, wo es sich lohnt. Im November werden wir eine Abstimmung über die Spitalstandortinitiative haben. Dort stellt sich genau die Frage, ob man das Geld irgendwo draussen in den Regionen einsetzen will. Hierzu stellen sich ebenfalls die Fragen, ob dies notwendig ist und den Kanton weiterbringt. Kolleginnen und Kollegen, was die Frage der Investitionen in die Strassen anbelangt, bin ich gespannt, ob die Millionen, welche wir beschlossen haben, zu diesem wirtschaftlichen Aufschwung führen werden. Ich hoffe darauf. Es gilt auch gezielt zu investieren, beispielsweise in die Fachhochschule Bern (BFH). Die BFH ist für den ganzen Kanton von zentraler Wichtigkeit. Dort gilt es rasch Investitionen zu beschliessen, aber ebenfalls für das Tram Region Bern. Sprechen wir diese Kredite nicht und investieren wir das Geld nicht in den Wirtschaftsmotor, kommt der Kanton nicht als Ganzes weiter. Ich denke nicht nur an die Stadt und die Region. Wichtig ist auch die Stärkung des Landes, der Regionen zu nutzen. Ein solches Thema ist die dezentrale Energieversorgung. Wir benötigen kein Kernkraftwerk in Mühleberg, sondern die Energie lässt sich dezentral produzieren. Weiter gilt es die Stärkung des Tourismus und die Qualitätssteigerung zu nutzen. Dies bedeutet Investitionen in die Bildung zu tätigen, als Kanton auf dem Land im Tourismus attraktiv zu sein und dort Wertschöpfung zu generieren.

Wofür votiere ich eigentlich? Mir ist es wichtig, dass es nicht um ein Gegeneinander geht. Ich habe das Gefühl, es gehe hier um den bösen Wirtschaftsmotor, welcher nur für sich schauet. So verhält es sich überhaupt nicht. Wir sind der Meinung, dass wir diesen Kanton gemeinsam weiterbringen müssen. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass wir dies hier im Rahmen jedes Entscheides beschliessen und dafür sorgen können, dass es im Kanton weiter vorwärts geht. – Jetzt blinkt das Lämpchen. – Wir brauchen keine weiteren Berichte. Wir stimmen dem Postulat zu und ebenso dessen Abschreibung.

Niklaus Gfeller, Rüfenacht (EVP). Dass der Wirtschaftsraum Bern anders tickt als die Wirtschaftsräume Basel, Zürich oder der Arc Lémanique, ist bestens bekannt. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs hinkt die Region Bern immer etwas hinterher. Wenn die Wirtschaft zurückgeht, verfügen die Stadt und die Region Bern stets über wesentlich mehr Stabilität. Der Grund dafür ist die grosse Bundesverwaltung in der Hauptstadt, welche sich den wirtschaftlichen Schwankungen beharrlich widersetzt und auch die wirtschaftliche Entwicklung des Wirtschaftsraums massgeblich prägt. Was uns ausmacht, spielt auch bei diesem Vorstoss eine grosse Rolle. Weshalb? Im Gegensatz zu grossen Industrieunternehmungen ruft eine Bundesverwaltung eben kaum nach Zulieferfirmen. Ich will nicht frech werden, aber was braucht eine Bundesverwaltung? Sie braucht Notizblöcke, PC, Kaffee, Kaffeerahm und Zucker und so weiter. Ansonsten braucht sie nichts! Die Bundesverwaltung ruft eben nicht nach Zulieferfirmen aus der Region, was eigentlich eine Entwicklungsdynamik auslösen würde. Schaut man sich beispielsweise beim Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wankdorf um, wo ziemlich viele Neubauten erstellt wurden, stellt man fest, dass sich auch dort kaum Firmen befinden, welche nach Zulieferfirmen rufen. Auch dort befinden sich kaum produzierende Betriebe, sondern ebenfalls grösstenteils Verwaltungen, welche richtigerweise die Nähe zur Bundesverwaltung suchen. Aufgrund dieser Branchenzusammensetzung, welche insbesondere die Stadt aufweist, ist es eigentlich schleierhaft, wie die mit diesem Vorstoss erwartete und oft geforderte Entwicklungsdynamik auf angrenzenden Räumen zustande kommen sollte. Dies ist gar nicht notwendig. Denkbar wäre dies höchstens im Bereich des Wohnungsbaus. Wenn die Leute zunehmend längere Arbeitswege in Kauf nehmen und weil mit dem neuen Raumplanungsgesetz grössere Einzonungen für Wohnungsbau nicht mehr denkbar sind, darf auch hier realistischweise keine Wirkung auf die Region erwartet werden.

Wie auch immer. Der Regierungsrat hat sich nach unserem Dafürhalten im Rahmen der Wirtschaftsstrategie 2025 und mit dem Richtplan 2030 damit auseinandergesetzt, wie im Kanton mehr wirtschaftliches Wachstum erzielt werden kann. Aus unserer Sicht beantwortet der Regierungsrat die im Vorstoss aufgeworfenen Fragen vollständig und richtig. Deshalb werden wir dieses Postulat annehmen und gleichzeitig als erfüllt abschreiben.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (gfp). Samuel Leuenberger spricht mit diesem Postulat etwas sehr Wichtiges an. Für uns handelt es sich eigentlich um einen Dauerauftrag der Regierung. Er muss ständig dafür sorgen, dass es dem ganzen Kanton gut geht. Was hier verlangt wird, ist mehr oder weniger ein Gedankenspiel. Weshalb übt der Wachstumsmotor Zentrum Bern nur eine beschränkte

Entwicklungsdynamik auf die angrenzenden Räume aus? Dies ist etwa dasselbe, wie wenn Sie in Ihrem Auto sitzen. Ich sass noch nie in einem Tesla, nehme aber an, dass dieser auch mit einer Handbremse ausgestattet ist. Ziehen Sie diese Handbremse fest an, brauchen Sie nicht zu analysieren, weshalb der Motor nicht ausreicht. Das liegt vielleicht noch an anderen Faktoren. Vielleicht liegt es daran, dass ein Rädchen blockiert ist. Sie können einen noch so starken Motor haben, aber dieses Rädchen dreht sich nicht schneller. Diese Gedankenspiele haben wir ebenfalls bereits gemacht. Schlagen Sie das Emmental dem Entlebuch, also dem Kanton Luzern, zu! Geben Sie den Oberaargau an den Kanton Aargau ab und den französischsprachigen Kantonsteil an den Kanton Jura, während wir aus dem Oberland einen eigenen Kanton machen, wie dies früher mit der Hauptstadt Thun schon einmal der Fall war! Tun wir dies, geht die Post ab im restlichen Kanton Bern! Wir sind ein sehr heterogener Kanton, was der Regierungsrat unseres Erachtens klar in seiner Antwort zu Punkt 1 beantwortet hat. Dies wird in den erwähnten Papieren ausgeführt und bedarf keiner erneuten Analyse. Dass dem so ist, weiss man.

Allenfalls kann darüber nachgedacht werden, ob man betreffend Punkt 2 über eine Abschreibung diskutieren kann oder nicht. Wir haben das Gefühl, dass die vorhandenen Papiere ausreichen, welche es jetzt umzusetzen gilt. Die Strategie 2025 ist nicht für die Schublade, sondern daraus muss ein Massnahmenplan abgeleitet werden. Aus Letzterem entstehen die einzelnen Umsetzungspläne. So könnte man etwas unternehmen. Wir haben bereits etliche Male darüber diskutiert, wie man die Wirtschaft ankurbeln könnte. Von der einen Seite wird jeweils gesagt, man müsse die Steuern senken. Sie können die Steuern auf null senken. Das habe ich auch immer in meiner Gemeinde gesagt. Ich könnte die Steuern auf null setzen, würde dabei aber keinen einzigen Betrieb anziehen! Die bereits vorhandenen Betriebe hätten zwar Freude und ebenfalls die Einwohner. Das führt jedoch nicht zu Neuansiedlungen. Wir benötigen Land, Land, Land! Wir benötigen Räume, um sie den Unternehmungen zur Verfügung zu stellen. Dort stellt es bereits wegen des Raumplanungsgesetzes und der Fruchtfolgeflächen an. Es gibt etliche solcher Elemente. Wir sind halt ein Landwirtschaftskanton. Wollen wir dies bleiben, müssen wir damit leben und auf andere Weise wachsen und wieder zu einem wirtschaftlich guten Kanton werden! Ich glaube nicht, dass es durch einen Bericht irgendwann einmal im Emmental ein Silicon Valley geben wird. Ich glaube ebenso wenig, dass die paar hundert Millionen, welche wir letzte Woche halbherzig beschlossen haben, den Firmen Jakob und Kambly etwas bringen werden, weil sie zehn Minuten früher auf die Autobahn gelangen. Deshalb werden diese nicht schlechter oder besser sein. Diese Unternehmen sind gut, weil sie gut sind, weil sie innovativ sind und gute Leute beschäftigen, welche zu ihnen passen. Insofern halten wir diesen Vorstoss eigentlich für abschreibungskonform. Ich weiss jedoch nicht, wie sich die einzelnen Mitglieder meiner Fraktion verhalten werden. Mein Hinweis an die eigene Fraktion: Tun Sie, was Sie wollen! Ich glaube, es spielt keine Rolle. (*Heiterkeit*)

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Danke, Hannes Zaugg, dass Sie uns Oberländer nicht gleich ans Wallis abgeben wollen und wir wenigstens einen eigenen Kanton gründen können! Spass beiseite. Die EDU ist wie der Postulant und die Regierung mit diesem Postulat einverstanden. Letztlich stellt sich nur noch die Frage, ob wir dieses abschreiben oder nicht. Hier kommt es für uns darauf an, was unser neuer Oberländer Regierungsrat dazu sagt und was er nach einer Abschreibung aus diesem Postulat machen würde. Ansonsten geht es unserer Fraktion ähnlich wie es Kollege Aebersold formuliert hat. Wir verfügen über Studien und Berichte. Was nützt uns also ein zusätzliches Strategiepapier? Gefragt sind Taten, Projekte sowie Rahmenbedingungen für den Verkehr, das Wohnen und die Steuern. Dies alles wurde bereits erwähnt. Damit können wir den Tatbeweis erbringen, dass wir vorwärts gehen wollen. Wir werden unserem Regierungsrat erst einmal zuhören und entscheiden danach, ob wir das Postulat abschreiben wollen oder nicht.

Präsident. Es sind keine Fraktionssprecher mehr gemeldet. Als Einzelsprecher hat Grossrat Lanz das Wort.

Raphael Lanz, Thun (SVP). An und für sich ist bereits vieles richtig und gut gesagt worden. Als Vertreter einer Zentrumsstadt möchte ich festhalten, dass es nicht darum geht, die einen gegen die anderen auszuspielen, sondern darum, wie das Zentrum, welches in Gottes Namen Wachstumsmotor ist, Effekte generieren kann, sodass es auch dem ländlichen Raum gut und besser geht und sich auch der ländliche Raum entwickeln kann. Der Antwort des Regierungsrats entnehme ich viel Positives. Beispielsweise ist vom Wachstum die Rede, welches konzentriert, «vorab in den Zentren und auf den Entwicklungsachsen» stattfinden soll. Aktuell stehe die Umsetzung der Strategien im Vor-

dergrund. Der Grund, weshalb ich mich hier auch noch äussere, ist folgender: Ich finde, es klingt gut und ich stimme der Regierung zu. Wenn es um die Umsetzung geht, habe ich nicht immer und bei jeder Direktion das Gefühl, man möchte die Strategien effektiv umsetzen. Vielleicht darf ich den Volkswirtschaftsdirektor dazu aufrufen. Nach meiner Beurteilung befinden wir uns in der Theorie auf guten Wegen. Jetzt müsste diese noch überall, in jeder Direktion und in allen Themenkreisen, insbesondere auch in der Raumplanung, in die Praxis umgesetzt werden. Weil wir hier noch Praxis vor uns haben, bin ich der Meinung, dass wir diesen Vorstoss noch nicht abschreiben sollten.

Präsident. Wünschen weitere Einzelsprecher das Wort? – Das ist nicht der Fall. Der Postulant hat sich gemeldet. Er wünscht das Wort vor dem Regierungsrat.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Ich danke für diese engagierte Diskussion. An der Heftigkeit einiger Voten stelle ich fest, dass ich höchstwahrscheinlich einen wunden Punkt getroffen habe. Ich bin sehr froh über das Votum von Kollege Lanz von vorhin. Es geht nicht darum, die Stadt gegen das Land auszuspielen, wie dies in der Abwehrhaltung der SP zum Ausdruck gekommen ist. Es geht darum, nüchtern festzustellen, dass wir hier ein Zentrum haben, welches weniger wirtschaftliche Dynamik gegen aussen ausstrahlt, als dies in den Zentren der anderen Kantone der Fall ist. Es geht darum, dem Regierungsrat die Chance zu geben, zu klären, weshalb dem so ist und wie wir eine Verbesserung herbeiführen. In der Antwort auf das Postulat steht nicht, wie Verbesserungen angestrebt werden können. Dem Sprecher der SP muss ich Folgendes entgegnen: Wenn Finanzen gefordert sind und auch seitens des Zentrums Forderungen bestehen, dann nutzen Sie doch diese Chance für eine Analyse! Diese erlaubt dem Regierungsrat zu sagen, welche Rahmenbedingungen benötigt werden, damit das Zentrum prosperieren kann. Ich wollte keinen Stadt-Land-Konflikt vom Zaun brechen und so habe ich auch nie Stadt und Land auseinandergenommen. Dies wurde von anderen Seiten eingebracht, welche die Investitionen in das Land kritisiert haben. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen diesen Weg verlassen! Wenn Sie dieses Postulat überweisen, ohne es abzuschreiben, besteht im Sinne des Votums von Raphael Lanz eine grosse Chance für das Zentrum. Damit geben Sie der Regierung die Chance aufzuzeigen, was Sache ist.

Präsident. Das Wort hat der Volkswirtschaftsdirektor.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Ich bin froh um die Schlussbemerkungen von Grossrat Leuenberger. Er hat das Thema wieder dorthin gebracht, wo es hingehört. Schlussendlich geht es um die Frage, was die Regierung und was insbesondere der Volkswirtschaftsdirektor prüft. Ich kann Ihnen versichern, dass wir die Studie der Credit Suisse aus dem Jahr 2014 kennen. Ich kenne ebenfalls die letzte Woche erschienene Studie der Credit Suisse. Sie können also davon ausgehen, dass wir sämtliche anderen Beiträge, wohin diese auch immer kommen mögen, genau anschauen. Es verhält sich effektiv so, dass die im Postulat aufgeworfenen Fragen nicht neu sind und wir uns auch nicht zum ersten Mal mit diesen befassen. In der Vorstossantwort wird darauf hingewiesen, dass man anlässlich der Ausarbeitung der Wirtschaftsstrategie 2025 nach möglichen Gründen gesucht hat. In dieser Wirtschaftsstrategie steht beispielsweise ein Satz, den ich gerne kurz zitiere und ausdeutsche. Er lautet «Wirtschaftspolitik ist eine Querschnittsaufgabe». Es wird ausgeführt, dass die Bildung die Wirtschaft beeinflusst und ebenso die Infrastruktur. Hier erinnere ich an die Strassenbauprojekte, welche Sie letzte Woche beschlossen haben. Im Weiteren geht es um die allgemeine Wirtschaftslage mit den Stichworten schweizerische Ebene und Frankenstärke. Auf europäischer Ebene geht es um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Hier denke ich zum Beispiel an das Stichwort Brexit oder weltweit an die Flüchtlingsthematik und die Wirtschaftslage beispielsweise in Asien. Solche Analysen nehmen wir tagtäglich vor; solche Papiere gehen uns zu und werden von uns vertieft angeschaut.

Bei der Frage Abschreibung ja oder nein, geht es darum, ob der Volkswirtschaftsdirektor und die Regierung sich dieser Daueraufgabe gewissenhaft annehmen. Ist dies der Fall, kann der Vorstoss abgeschrieben werden. Oder will man – wie von Grossrat Messerli erwähnt – einen Fingerzeig machen? Auch diese Haltung würde ich nicht als Misstrauen verstehen. Oder Sie sagen, dass wir noch genauer hinsehen beziehungsweise so genau wie bisher weiterfahren sollen. Dann schreiben Sie das Postulat nicht ab. Sie haben gesehen, dass die Antwort der Regierung den einen oder anderen Grund nennt. Ich gehe nicht in die Tiefe, fasse aber die wesentlichen Ursachen zusammen, weshalb die Wirkung von Stadt und Agglomeration Bern auf die umliegenden Regionen nicht ganz so ausfällt wie vielleicht in anderen städtischen Wirtschaftsräumen. Sie konnten diese Gründe lesen.

Diese haben damit zu tun, dass wir bestimmte Stärken aufweisen. Ich denke beispielsweise an die kantonalen und die Arbeitsplätze des Bundes, aber ebenso an staatsnahe Betriebe wie die Post und Swisscom. In diesem Sinn verfügen wir über eine Stabilität mit Arbeitsplätzen, welche nicht beim leisesten Windhauch umkippen. Damit geht aber auch einher, dass die Dynamik, wie sie in anderen Wirtschaftsräumen besteht, nicht sofort spürbar ist, was eben in der Stadt und Agglomeration Bern der Fall ist. Wir haben diese Fragestellungen angeschaut und tun dies auch weiterhin.

Im Weiteren bin ich froh um das Votum des Thuner Stadtpräsidenten. Schliesslich geht es nicht immer darum zu prüfen, wiederholt oder ständig zu prüfen, sondern darum, Projekte realisieren zu können und die kantonale Wirtschaftspolitik so auszugestalten, dass sich die Wirtschaft bewegen kann und Innovationen möglich sind. Sie können davon ausgehen, dass ich hier Akzente setzen werde. Ich kann Ihnen bereits heute sagen, dass entsprechende Projekte angestossen sind – dies ist dem Stadtpräsidenten von Thun als Mitbeteiligter an einem der Projekte gut bekannt –, welche demnächst spruchreif sind respektive Ihnen in der Märzsession vorgelegt werden. Wenn Sie von mir hören wollen, dass Ihnen Daten vorgelegt werden, kann ich Ihnen dieses Versprechen heute abgeben. Ob Sie abschreiben oder nicht, ist – wie erwähnt – eine Glaubensfrage, und da lasse ich Sie einmal glauben.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieses Postulat «Wachstumsmotor Zentrum Bern» annehmen will – über die Abschreibung stimmen wir anschliessend ab –, stimmt ja, wer es ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	136
Nein	2
Enthalten	2

Präsident. Sie haben das Postulat angenommen. Wir befinden nun über die Abschreibung. Wer das Postulat zugleich abschreiben will, stimmt ja, wer dies ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Abschreibung

Ja	76
Nein	57
Enthalten	6

Präsident. Sie haben das Postulat abgeschrieben. Wir sind am Ende der Traktanden der Volkswirtschaftsdirektion angelangt. Ich wünsche Herrn Regierungsrat Ammann einen schönen Nachmittag und danke ihm für sein Kommen.